

Strom-Liberalisierung: So bitte nicht!

Utl.: Die Strompreise für die österreichische Industrie liegen derzeit mehr als 30 Prozent über dem europäischen Mittelwert =

Wien (PWK) - "Nimmt man die jüngsten Aussagen des Chefs der Verbundgesellschaft ernst, der einen klaren gesetzlichen Schutz für Strom aus Wasserkraft einfordert, dann ist das eigentlich die Forderung, alles beim alten zu belassen", warnt Dr. Heinz Kessler, Obmann der Bundessektion Industrie.

Wenn die EVU's die Durchleitung von anderswo gekauftem Strom gar nicht erst zulassen wollen, falls die vorrangige Nutzung des hydrothermischen Erzeugungssystems gefährdet wäre, so werden damit alle Liberalisierungsbestrebungen unterlaufen. Angesichts eines Wasserkraftanteils von ca. 70 Prozent stellt sich die Frage, wann dann überhaupt noch Wettbewerb stattfinden kann, vor allem, wenn in den Sommermonaten aus dieser Versorgungsquelle vermutlich Überschusskapazitäten verfügbar sind. Eine Kontrahierung mit ausländischen Lieferanten wäre angesichts solcher jederzeit drohender Unterbindungsmöglichkeiten ziemlich unreal.

Bei allem Verständnis für die ökologische Dimension aus Stromerzeugung aus Wasserkraft wäre deshalb ein gesetzlicher Schutz dieser Energiequelle, zusammen mit der ebenfalls geforderten vorrangigen Behandlung heimischer Braunkohle, ein gewaltiger Rückschritt. Alle Stromkunden im Binnenmarkt haben Anspruch auf Preise, die sich unter ohnedies nur langsam aufbauenden Wettbewerbsbedingungen am Markt bilden. Dies betrifft insbesondere die österreichische Industrie, die sich mit Strompreisen konfrontiert sieht, die um gut 30 Prozent über dem europäischen Mittelwert liegen. Wenn aus Überlegungen, die nicht in der ökonomischen Sphäre liegen, der Einsatz von Wasserkraft und heimischer Braunkohle zur Stromproduktion gesetzlich geschützt werden soll, wie dies von der Verbundgesellschaft gefordert wird, dann dürfen die dadurch entstehenden Kosten nicht dem Kunden direkt oder indirekt angelastet werden. Die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes ist ein wesentliches Element zur Standortsicherung der österreichischen Industrie und zugleich eine Voraussetzung für die Zukunftssicherung unserer globalen Wettbewerbsfähigkeit.

"Wir werden uns deshalb jedem Versuch widersetzen, unter dem Deckmantel der Ökologie eine Fortsetzung des bisherigen Monopols anzustreben", deponiert Kessler.

(Schluß) MH

Rückfragehinweis: Dr. Heinz Kessler

Bundessektion Industrie

Tel: 01/50105-3431

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0102 1997-07-18/11:55

181155 Jul 97

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19970718_OTS0102